

Erstkontakt mit den Angehörigen

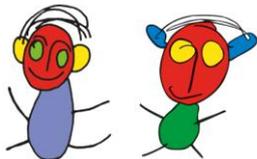
Um mit allen Teilnehmenden arbeiten zu können, mussten im Vorfeld zunächst die Einverständniserklärungen der gesetzlichen Betreuer*innen eingeholt werden. Da das Projekt einen Teil des Fokus in der Verbesserung der Kommunikation zwischen Teilnehmenden und Bezugspersonen legt, sollte nicht nur diese Einwilligung abgefragt werden, vielmehr sollte zur eigenen Teilnahme motiviert werden. Dies wurde durch einen Fragebogen ermöglicht, welcher Fragen zur eigenen technischen Ausstattung beinhaltet, sowie zur derzeitigen Kommunikationssituation mit den Teilnehmenden. Dies konnte in einem Anschreiben zusammengefasst werden, da bei allen möglichen Teilnehmenden die gesetzliche Betreuung immer auch eine enge Bezugsperson ist.

Geplant war es, den Fragebogen zunächst als Info per Post zu schicken, mit dem Vermerk, dass dieser mit Unterstützung der Projektteilnehmenden zusammen bei einem gemeinsamen Termin ausgefüllt wird. Dieses Angebot wurde gemacht, um eine möglichst große Akzeptanz zu schaffen. Durch das Angebot eines gemeinsamen Termins sollte eine Abschreckung vermieden werden. Gleichzeitig wäre dies auch eine Gesprächsmöglichkeit, um sich gemeinsam über das Projekt, noch bestehende Fragen und Weiteres austauschen zu können.

Nachdem die Briefe verschickt worden sind, wurde durch die Projektmitarbeitenden per Telefon Kontakt aufgenommen, um direkt entstandene Fragen zu klären aber auch, um eben jene Termine für den Fragebogen zu vereinbaren.

Generell ist festzuhalten, dass bei diesen Telefonaten eine Vielzahl an individuellen Ansichten auf das Projekt als solches, aber auch zu dem mitgeschickten Fragebogen, zum Vorschein gekommen ist.

Zunächst ist anzumerken, dass alle gesetzlichen Betreuer*innen sich damit einverstanden erklärt haben, dass das Projekt mit ihren jeweiligen Klient*innen durchgeführt werden kann,



wobei jedoch nicht alle dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüberstehen bzw. Zweifel an der Sinnhaftigkeit eben jenes zu haben scheinen.

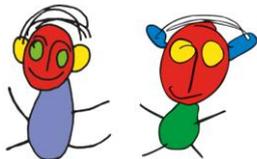
Hier war es wichtig die Angehörigen / gesetzlichen Betreuer*innen soweit mit ins Boot zu holen, dass wir als Projektmitarbeitende diesen Bedenken Raum geben und ernst nehmen, aber auch solide argumentativ entgegentreten konnten, um eine möglichst vertrauensvolle Basis für die kommende Zusammenarbeit zu schaffen.

Auch wenn die Sinnhaftigkeit nicht direkt gesehen wurde, war es wichtig, dass die Angehörigen für ihre Einwilligung motiviert werden, was auch in keinem Fall eine Hürde darstellte.

Geplant war es, den Fragebogen für die Angehörigen auch direkt gemeinsam mit ihnen auszufüllen. Hier ergab sich jedoch, dass dies in nur wenigen Fällen passierte. Dies hatte diverse Gründe. Einerseits gab es bei zwei Beteiligten ein Zeitproblem und es war nicht möglich in nächster Zeit einen gemeinsamen Termin zu finden. Hier einigte man sich darauf, dass die Einwilligung sowie der ausgefüllte Fragebogen zugeschickt werden. Ein Termin wurde aus den oben genannten Gründen zunächst nicht vereinbart, aber man verabredete, dass alle Beteiligten im ständigen Austausch miteinander sein werden

Letzteres gilt selbstverständlich für alle Beteiligten.

Bei zwei gesetzlichen Betreuer*innen war es zunächst etwas schwieriger die jeweiligen Personen vom Projekt in seiner Gesamtheit zu überzeugen. Es zeigte sich, dass die Beteiligten nur schwer einen positiven Nutzen für die Teilnehmenden erkennen konnten. Dies wurde mit der langjährigen Erfahrung begründet und dem Wissen um den aktuellen Stand der Ressourcen und Fähigkeiten der Teilnehmenden. Ein Argument war es auch, dass der Fragebogen mit seiner technischen Ausrichtung bedeutungslos sei, da jede*r befragte Person die abgefragte technische Ausstattung habe. Daher wurde auch kein Sinn gesehen, den Fragebogen auszufüllen. Diese Sichtweise änderte sich auch nicht, als erklärt wurde, dass der Fragebogen nicht nur fehlende Ausstattung, sondern auch explizit Ressourcen abfragt und damit versucht, so gut es geht, alle Eventualitäten, unter Einbezug aller Beteiligten, abzudecken. Es sollte so eine solide Basis für eine gute und effektive Zusammenarbeit gelegt werden.



Mit zwei gesetzlichen Betreuer*innen gab es Treffen und der Fragebogen wurde in einem gemeinsamen Gespräch ausgefüllt. Der Vorteil hier war es, dass alle Beteiligten die Möglichkeit hatten, direkt Fragen und Anregungen zu äußern, welche über den Fragebogen hinaus wichtig erschienen. Hier konnten die Projektmitarbeitenden wichtige Informationen erhalten, welche innerhalb des Projektes genutzt werden können.

In einem Fall gab es ein Telefonat und die Vereinbarung, dass der Fragebogen zugeschickt wird und dass die Person bei Bedarf jederzeit zu einem Termin zur Verfügung steht.

Alles in allem bleibt zu sagen, dass es unter den Angehörigen diverse Sichtweisen auf die Arbeit im Rahmen eines Projektes gibt, und dass es hier, besonders am Anfang wichtig erscheint, den Menschen auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Wünsche und aber auch Zweifel ernst zu nehmen. Durch dieses individuelle Vorgehen, kann sichergestellt werden, dass es trotz aller Bedenken eine hohe Akzeptanz dafür gibt, das Projekt zu beginnen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Arbeit mit den Angehörigen weiter entwickeln wird und ob es auch hier zu deutlichen Veränderungen gerade in Bezug auf Akzeptanz kommt.